



Frau
Monika Lazar MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT
TEL +49 (0)30 20655-1100
FAX +49 (0)30 20655-4110
E-MAIL Hermann.Kues@bmfsfj.bund.de
INTERNET <http://www.bmfsfj.de>

ORT, DATUM Berlin, den 17. Februar 2009

Schriftliche Frage an die Bundesregierung
hier: Arbeitsnummer 2/100

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 2/100:

Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass es auch nach der Schließung des Aussteigerprojektes „Straffällig gewordene rechte Jugendliche“ des Bautzener Vereins „Gesellschaft Bürger und Polizei e. V.“ Beratungsangebote und Unterstützung beim Ausstieg aus dem rechtsextremen Milieu für rechtsorientierte Jugendliche in dieser Region geben wird und wie hoch sind die eingeplanten finanziellen Mittel?

Antwort:

Das Projekt „Straffällig gewordene rechte Jugendliche“ wurde auf Initiative des Sächsischen Staatsministeriums für Justiz im Jahr 2001 im Landgerichtsbezirk Bautzen ins Leben gerufen. Später wurde das Projekt in freie Trägerschaft bei dem Verein „Gesellschaft Bürger & Polizei e. V.“ überführt.

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat das Land Sachsen ein eigenes behördliches Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten eingerichtet, welches beim dortigen Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist.



SEITE 2

Beratungsangebote und Unterstützung beim Ausstieg aus dem rechtsextremen Milieu für rechtsorientierte Jugendliche sind in Sachsen an zuständiger und kompetenter Stelle vorhanden.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sein Engagement gegen Rechtsextremismus intensiviert und im Dezember 2008 ein neues XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ aufgelegt. Im Mittelpunkt der Projektförderung steht dabei die zusätzliche arbeitsmarktliche Unterstützung von potentiellen Aussteigern aus der rechtsextremen Szene im Hinblick auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft. Die ersten Projekte des Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ werden ab April 2009 mit der Arbeit beginnen. Insgesamt stehen hierfür 5 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und 2 Millionen Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung.

Im Übrigen betreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz ein Aussteigerprogramm, das als Beitrag des Bundesministeriums des Innern zum Maßnahmenkatalog der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt zu verstehen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann Kues